

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach den Überforderungen 2015 mit Turnhallen und anderen Notunterkünften haben wir viel erreicht: Verwaltung, Politik und die zahlreichen Ehrenamtlichen, die vielen Flüchtlingen das Gefühl vermitteln konnten, hier willkommen zu sein und als gleichwertige Menschen in ihrer Würde akzeptiert zu werden. Über die Arbeit der AG Flüchtlingshilfe werden wir nachher noch hören.

Wichtig war das Versprechen, dass sich die Flüchtlinge bei guter Integration hier in Deutschland ein neues Leben aufbauen und hier ihre neue Heimat finden könnten. Das hat viele motiviert, die zahlreichen ehrenamtlichen und offiziellen Sprachkurse anzunehmen und schnell Deutsch zu lernen. Viele haben sich auch schnell eine Arbeit gesucht, ohne gut Deutsch zu lernen und hängen jetzt teilweise in prekären Arbeitsverhältnissen fest.

Ein großes Integrationshemmnis war und ist der extreme Wohnungsmangel und die schier endlose Zeit in den Unterkünften, die kaum Privatsphäre und ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Dieses Problem wurde von der ersten Flüchtlingskonferenz im Jahr 2015 bereits gesehen, von der ein Investitionsprogramm zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus sowie Angebote von Wohnungen speziell für die Bedürfnisse von Flüchtlingen gefordert wurde. Da ist leider kaum etwas passiert und die Pläne für sozialen Wohnbau, immer wieder groß verkündet, versanden regelmäßig. Große Erfolge hatten die Kindergärten und Schulen bei der Integration der Kinder, auch wenn hier der Erzieher*innen- und Lehrermangel dazu führte und führt, dass nicht alle adäquat versorgt werden konnten. Für Mütter mit Kindern waren Sprachkurse mit Kinderbetreuung kaum oder gar nicht vorgesehen, was dazu führte, dass viele heute trotz längerem Aufenthalt hier noch kaum Deutsch sprechen. Diesem Mangel wird vor allem heute noch von Ehrenamtlichen durch ehrenamtliche Sprachkurse Rechnung getragen, aber leider nicht mehr überall und nicht in ausreichendem Maße.

Als die ersten ukrainischen Flüchtlinge kam, gab es erneut eine hohe private Aufnahme- und Hilfsbereitschaft. Die Tatsache, dass viele von ihnen schnell in Privatmietverhältnisse übernommen wurden, zeigte allerdings den Weltflüchtlingen, dass sie „Menschen zweiter Klasse“ sind. Farbige Menschen oder solche mit afrikanischen, arabischen oder asiatischen Namen stehen immer am Ende der Warteschlange für Wohnungen und kommen von dort nicht fort. Daher leben über 50% der anerkannten Flüchtlinge heute noch, und teilweise schon seit einem Jahrzehnt, in Unterkünften des Kreises und der Kommunen und kommen dort nicht heraus. Jeder kann sich vorstellen, dass dies ein starkes Integrationshemmnis ist, denn wie soll man sich zugehörig fühlen, wenn man an den Rand der Gesellschaft verbannt ist, ohne Aussicht, von dort in die Gesellschaft hinein zu kommen.

Nachdem hier bisher noch keine Lösung gefunden wurde, habe ich im Fachausschuss Migration des Wetteraukreises einen Antrag gestellt, dass sich Kreis und Kommunen um den vorhandenen Wohnungs- und Häuserleerstand kümmern sollen, damit möglichst viele von ihnen dem Wohnungsmarkt zugeführt werden können. Schätzungen gehen immerhin von 5% des Gesamtbestandes an Wohnungen aus. Das wäre eine wichtige

Ergänzung zu Neuwohnungsbau und Mietpreisdeckel, denn der Wohnungsmangel auf dem freien Markt führt zu stetig wachsenden Mieten, die sich auch Normalbürger kaum noch leisten können und die verstärkt zu Obdachlosigkeit führen werden. Das ist eine Diskussion, die zukünftig an Fahrt aufnehmen muss und wird, wie jetzt der Wahlkampf in Holland deutlich gezeigt hat.

Mit dem letztens begonnen Rollback in der Flüchtlingspolitik tun sich neue Probleme auf:

Den Syrern gegenüber wurde das Versprechen, sich hier eine neue Zukunft aufbauen zu können, durch die Diskussion über die schnelle Rückführung nach Syrien nach dem Sturz des Assad-Regimes zumindest in Frage gestellt. Die Remigrationsforderungen der AfD scheinen bis tief in die Argumentation der Regierungsparteien hinein, wenn steigende Abschiebezahlen gefeiert werden und jetzt sogar nach Afghanistan abgeschoben wird, in ein Regime, zu dem Deutschland aus gutem Grund keine Beziehungen hat. Der Auswirkungen des abgebrochenen Familiennachzugs wirkt in die gleiche Richtung. Die fehlende Differenzierung in der politischen Diskussion hört sich für Menschen, die sich mit der Demokratie in Deutschland nicht auskennen, immer bedrohlicher an: Bin ich auch gemeint? Bin ich auch von Abschiebung bedroht? Habe ich noch eine Zukunft in Deutschland? Soll auch ich mit meiner Familie dafür bestraft werden, wenn Landsleute von mir zu Mördern werden?

Wichtig ist für uns, dass wir dieses unsägliche „immer alle in einen Topf werfen“ vermeiden, wie auch wir uns gegen Sippenhaft wehren würden. Wir von Seiten der Ehrenamtlichen schlagen vor, dass wir alle uns weiter an unsere bisher gelebte Willkommenskultur halten, soweit es trotz der letzten Gesetzesverschärfungen geht, und die Flüchtlinge als individuelle und uns zugehörige MENSCHEN und nicht als Zugehörige eines fremden Volkes behandeln.

Ein Problem von ukrainischen Geflüchteten mit akademischer Ausbildung will ich noch erwähnen. Das Problem entsteht durch den JOB-Turbo. Eine Ärztin mit langer praktischer Erfahrung soll sich nach dem erfolgreich bestandenen B1 Kurs um eine nicht qualifizierte Arbeit kümmern. Statt ihr einen B2 Kurs in Verbindung mit einem Praktikum im Gesundheitsbereich zu genehmigen, soll sie sich erst mal darum kümmern, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen, egal wie. Sie hat Angst, dass sie, nachdem sie jetzt schon ein Jahr nicht mehr in ihrem Beruf gearbeitet hat, nach noch längerer Zeit nicht mehr hineinfliegt. Sie hat auch eine Krankenschwesterausbildung und könnte als Krankenschwester anfangen, aber auch das ist ein schwieriger Akt mit der bürokratischen Gleichstellung der Ausbildung und auch dieser Weg wird ihr mit dem Jobturbo verbaut. Hier müsste neu gedacht werden, denn Deutschland lässt sich durch diese Behandlung qualifizierte Fachkräfte in Mangelberufen entgehen. Das Gleiche gilt für andere Berufe. Es wäre doch besser, die praktischen Deutschkenntnisse in dem Beruf zu verbessern, in dem man auch später wieder arbeiten will. Und dafür sollten Hilfen ausgebaut werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.